

Internationales Zivilprozessrecht und Zwangsvollstreckungsrecht mit Gerichtsstandsgesetz

von

Isaak Meier

Dr. iur., Professor an der Universität Zürich

unter Mitarbeit von lic. iur. **Miguel Sogo**,
wissenschaftlicher Assistent an der Universität Zürich

Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage

Schulthess § 2005

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV

1. Kapitel

Allgemeines zum Internationalen Zivilprozessrecht

§ 1	Definition des Internationalen Zivilprozessrechts	3
§ 2	Definition des internationalen Sachverhaltes	4
§ 3	Die wichtigsten Fragen des IZPR	5
§ 4	Rechtsgrundlagen im IZPR und ihre Besonderheiten	6
1.	Überblick über die Rechtsgrundlagen	6
1.1.	Die wichtigsten Staatsverträge	6
1.2.	Zur Revision des LugÜ	8
1.3.	Die IZPR-Bestimmungen des IPRG	11
2.	Wichtige Begriffe für Auslegung und Verständnis der Normen des IZPR	12
3.	Auslegung der Normen des IZPR	13
3.1.	Nationales IZPR	13
3.2.	Staatsverträge	13
3.3.	Das LugÜ als Parallelrecht	14
4.	Die Weiterentwicklung des europäischen Zivilprozessrechts unter den EU-Staaten	16

2. Kapitel

Anerkennung und Vollstreckung sowie andere wichtige Fragen des IZPR (ohne internationale Zuständigkeit)

§ 5	Internationale Anerkennung und Vollstreckung von Zivilurteilen	23
1.	Interkantonale Anerkennung und Vollstreckung von Zivilurteilen in der Schweiz	23
1.1.	Vollstreckung von Urteilen, die auf Geld- oder Sicherheitsleistung lauten	23
1.2.	Vollstreckung von anderen Urteilen	23
2.	Internationale Anerkennung und Vollstreckung von Zivilurteilen nach IPRG und LugÜ	24
2.1.	Rechtsgrundlagen und Überblick über die Voraussetzungen für Anerkennung und Vollstreckung	24

2.2.	Voraussetzungen für Anerkennung und Vollstreckung nach IPRG und LugÜ	26
2.3.	Voraussetzungen für Anerkennung und Vollstreckung betreffend die Art der Entscheidung	30
a.	Allgemeines	30
b.	Rechtslage nach IPRG	31
c.	Rechtslage nach LugÜ	32
2.4.	Bedeutung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Entscheides; Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren	34
a.	Allgemeines	30
b.	Rechtslage nach IPRG	31
c.	Rechtslage nach LugÜ	32
d.	Exkurs: Zur Rechtskraft von Vollstreckbarerklärungsentscheiden und zum Problem der (bundesrechtlichen) Rechtsmittel gegen Vollstreckbarerklärungsentscheide	41
e.	Exkurs: Besondere Probleme der Anerkennung der Wirkungen eines ausländischen Urteils	42
§ 6	Rechtshängigkeit und Rechtskraft im IZPR	45
1.	Rechtshängigkeit und Behandlung von zusammenhängenden Klagen im GestG, LugÜ und IPRG	45
1.1.	Rechtshängigkeit	45
1.2.	Behandlung von zusammenhängenden Klagen	46
1.3.	Erläuterungen	46
a.	Allgemeines zur Rechtshängigkeit	46
b.	Fixationswirkung und Begründung der Fortführungslast	47
c.	Konzept für die Regelung der Ausschlusswirkung	48
d.	Zeitpunkt für den Eintritt der Ausschlusswirkung	48
e.	Bestimmung der Klageidentität für die Ausschlusswirkung der Rechtshängigkeit	51
f.	Die Auslösung von Koordinationsmassnahmen bei zusammenhängenden Klagen	53
2.	Rechtskraft	55
§ 7	Bestimmung des anwendbaren Rechts für inländische Verfahren bei internationalen Sachverhalten: Anwendungsbereich und Grenzen der lex fori	58
1.	Problemstellung und Kritik an der herrschenden Auffassung	58
2.	Exkurs: Abgrenzung von Bundesrecht und kantonalem Recht im Bereich des IZPR	59
3.	Bestimmung des anwendbaren Rechts für wichtige Institute des Prozessrechts	61

3.1. Beweisrecht	61
3.2. Parteifähigkeit, Prozessfähigkeit, Prozessführungsbefugnis und Prozessstandschaft	61
3.3. Klagearten	62
3.4. Unentgeltliche Prozessführung	62
3.5. Verjährung	62
§ 8 Internationale Rechtshilfe	63
1. Gegenstand und Bedeutung der Rechtshilfe	63
2. Rechtsgrundlagen	64
3. Prinzipien der internationalen Rechtshilfe	65
3.1. Rechtshilfeweg	65
3.2. Anwendbares Recht	66
3.3. Verweigerungsgründe	67
4. Exkurs: Zur Durchführung von discovery-Verfahren nach amerikanischem Recht in der Schweiz	67
3. Kapitel	
Internationale Zuständigkeit unter Einbezug des Gerichtsstandsgesetzes	
§ 9 Allgemeines zur nationalen und internationalen Zuständigkeit	74
1. Wichtige Begriffe zur nationalen und internationalen Zuständigkeit	74
2. Rechtsgrundlagen für die nationale und internationale Zuständigkeit	76
2.1. Nationale Zuständigkeit	76
2.2. Internationale Zuständigkeit	77
3. Die Entscheidung über die direkte Zuständigkeit	78
3.1. Prozessvoraussetzungen	78
3.2. Separate Entscheidung über die Zuständigkeit oder Entscheidung im Endentscheid	78
3.3. Prüfung der Zuständigkeit von Amtes wegen	78
3.4. Beweislast und Beweismass	79
3.5. Doppelrelevante Tatsachen	80
3.6. Rechtskraft der Entscheidung über die Zuständigkeit	80
3.7. Rechtsmittel	81
a. Der Streitwert der Klage ist für die Berufung an das Bundesgericht ausreichend oder kann der Natur der Sache nach nicht geschätzt werden	81
b. Der Streitwert der Klage ist für die Berufung an das Bundesgericht nicht ausreichend und es liegt ein der Natur der Sache nach schätzbarer Streitwert vor	82
4. Nachteilige Folgen des Klagens vor dem unzuständigen Gericht und Instrumente zu ihrer Verhinderung	83

4.1.	Vorbemerkung	83
4.2.	Mögliche Folgen des Klagens am unzuständigen Ort	83
4.3.	Instrumente zur Verhinderung oder Verminderung der nachteiligen Folgen	84
a.	Nachfrist nach Art. 34 Abs. 2 GestG	84
b.	Nachfrist nach Art. 139 OR	84
c.	Nachfrist nach Art. 32 Abs. 3 SchKG	85
d.	Prozessüberweisung nach § 112 ZH ZPO	85
e.	Zusammenfassung	86
5.	«forum Shopping», «forum running» und «forum non conveniens»	87
5.1.	«forum Shopping»	87
5.2.	«forum running» und die Frage der Zulassung einer voraussetzungslosen negativen Feststellungsklage durch die beklagte Partei	88
5.3.	«forum non conveniens» und die Frage der missbräuchlichen Inanspruchnahme von gesetzlichen Gerichtsständen	88
§ 10	System der direkten und indirekten Zuständigkeit nach IPRG	90
1.	Grundsätze	90
2.	Allgemeine Zuständigkeiten	91
2.1	Direkte Zuständigkeit	91
2.2	Indirekte Zuständigkeit	91
3.	Besondere Zuständigkeiten für die einzelnen Rechtsgebiete	92
3.1	Sachenrecht (dingliche Rechte an Sachen)	92
3.2	Obligationenrecht	93
§ 11	System der direkten und indirekten Zuständigkeit nach LugÜ	94
1.	Grundsätze	94
2.	Allgemeine Zuständigkeit	97
3.	Exorbitante Zuständigkeiten	97
4.	Besondere Zuständigkeiten	98
5.	Zuständigkeit für Versicherungssachen (Art. 7-12a LugÜ), Verbrauchersachen (Art. 13-15 LugÜ) und individuelle Arbeitsverträge (Art. 15a-15d revLugÜ)	99
6.	Ausschliessliche Zuständigkeit nach Art. 16 LugÜ	100
7.	Gerichtsstand der Vereinbarung und der Einlassung (Art. 17 und 18 LugÜ)	101
8.	Besondere Regelung der Zuständigkeit für die Anordnungen des einstweiligen Rechtsschutzes (vorsorgliche Massnahmen und Arrest) in Art. 24 LugÜ	101
§ 12	System der Zuständigkeit nach GestG	102
1.	Zehn Merkpunkte zum GestG	102
2.	Typen von Gerichtsständen	104

3.	Konkurrenz von Gerichtsständen im GestG	106
3.1.	Normenkonkurrenz	106
3.2.	Anspruchsgrundlagenkonkurrenz	107
3.3.	Konkurrenz von Gerichtsständen für zusammenhängende Klagen	107
3.4.	Konkurrenz von Gerichtsständen der klagenden und der beklagten Partei	107
4.	Kurzkommentar zu einzelnen Bestimmungen des GestG	108
4.1.	Allgemeine Gerichtsstandsvorschriften	108
a.	Wohnsitz und Sitz (Art. 3 GestG)	108
b.	Aufenthaltort (Art. 4 GestG)	108
c.	Niederlassung (Art. 5 GestG)	108
d.	Widerklage (Art. 6 GestG)	108
e.	Klagenhäufung (Art. 7 GestG)	109
f.	Interventions- und Gewährleistungsklage (Art. 8 GestG)	HO
g.	Gerichtsstandsvereinbarung (Art. 9 GestG)	HO
h.	Einlassung (Art. 10 GestG)	112
4.2.	Besondere Gerichtsstände	112
a.	Klagen betr. Grundstücke (Art. 19 GestG)	112
b.	Klagen aus besonderen Verträgen (Art. 21-24 GestG)	113
c.	Klagen aus unerlaubter Handlung (Art. 25-28 GestG)	114
d.	Gesellschaftsrecht (Art. 29 GestG)	116
4.3.	Vorsorgliche Massnahmen (Art. 33 GestG)	118
a.	Überblick über die Zuständigkeiten	118
b.	Anwendungsbereich	118
c.	Wahlrecht der klagenden Partei	120
d.	Ergänzende Anwendung des GestG bei internationalen Sachverhalten	121
e.	Zuständigkeit am Vollstreckungsort	121
4.4.	Übergangsrecht	122
4.5.	Bestimmungen des GestG, die mit der Zuständigkeit in Zusammenhang stehen	122
§ 13 Checkliste zur Zuständigkeit ohne Gerichtsstandsvereinbarung und ohne vorbehaltlose Einlassung		123
§ 14 Wichtige Zuständigkeiten im GestG, LugÜ und IPRG im Vergleich		124
1.	Gerichtsstand des Erfüllungsortes für vertragliche Ansprüche nach Art. 5 Nr. 1 LugÜ sowie Art. 113 und 149 Abs. 2 lit. a IPRG	124
1.1.	Direkte Zuständigkeit	124
1.2.	Indirekte Zuständigkeit	127
1.3.	Massgebende vertragliche Leistung zur Bestimmung der Zuständigkeit	127
a.	Warenkauf- und Dienstleistungsverträge	127
b.	Übrige Verträge	127

Inhaltsverzeichnis

1.4.	Bestimmung des Erfüllungsortes	128
a.	Warenkauf- und Dienstleistungsverträge	128
b.	Übrige Verträge	129
c.	Erfüllungsortvereinbarungen	130
d.	Rechtlicher und tatsächlicher Erfüllungsort	130
1.5.	Bedeutung von Art. 5 Nr. 1 lit. c revLugÜ	130
2.	Gerichtsstand des Deliktsortes nach GestG, LugÜ und IPRG	131
2.1.	Direkte Zuständigkeit	131
2.2.	Indirekte Zuständigkeit	132
2.3.	Konkurrenz von vertraglichen und ausservertraglichen Anspruchsgrundlagen	132
2.4.	Zum Erfolgsort im Einzelnen	133
a.	Bestimmung des Erfolgsortes	133
b.	Umfang des ersatzfähigen Schadens bei Klagen am Erfolgsort	134
2.5.	Schadenseintritt	135
3.	Gerichtsstand der Niederlassung nach GestG, LugÜ und IPRG	135
3.1.	GestG	135
a.	Direkte Zuständigkeit	135
b.	Indirekte Zuständigkeit	136
3.2.	LugÜ	136
a.	Direkte Zuständigkeit	136
b.	Indirekte Zuständigkeit	137
3.3.	IPRG	137
a.	Direkte Zuständigkeit	137
b.	Indirekte Zuständigkeit	138
3.4.	Zusammenfassung	138
4.	Gerichtsstand der Widerklage	139
4.1.	GestG	139
a.	Direkte Zuständigkeit	139
b.	Indirekte Zuständigkeit	139
4.2.	LugÜ	139
a.	Direkte Zuständigkeit	139
b.	Indirekte Zuständigkeit	139
4.3.	IPRG	140
a.	Direkte Zuständigkeit	140
b.	Indirekte Zuständigkeit	140
4.4.	Zusammenfassung	140
4.5.	Fragen, die mit dem Gerichtsstand der Widerklage in Zusammenhang stehen	140
a.	Weiterbestand des Gerichtsstandes der Widerklage trotz Dahinfallens der Hauptklage	140
b.	Zusätzliche Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Widerklage	141

5.	Gerichtsstand der Streitgenossenschaft (direkte Zuständigkeit)	142
5.1.	GestG	142
5.2.	LugÜ	143
5.3.	IPRG	144
6.	Zuständigkeit für Unterhaltsansprüche von Kindern	144
6.1.	GestG	144
6.2.	LugÜ und Haager Übereinkommen	145
a.	LugÜ	145
b.	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2. Oktober 1973	145
6.3.	IPRG	146
7.	Gerichtsstandsvereinbarung	146
7.1.	Allgemeines	146
7.2.	Anwendungsbereich der verschiedenen Rechtsgrundlagen	146
a.	LugÜ	146
b.	IPRG	147
c.	GestG	147
7.3.	Gerichtsstandsvereinbarung: Vergleich GestG, LugÜ und IPRG	148
7.4.	Form	150
7.5.	Zum Problem der Annahmepflicht	151
7.6.	Neuere Gerichtspraxis	152
8.	Einlassung	153
9.	Internationale Zuständigkeit für Anordnungen des einstweiligen Rechtsschutzes und deren Anerkennung und Vollstreckung nach LugÜ und IPRG	154
9.1.	Direkte Zuständigkeit	154
a.	Rechtsgrundlagen	154
b.	Auslegung von Art. 24 LugÜ und Art. 10 IPRG	154
9.2.	Internationale Anerkennung und Vollstreckung von Anordnungen des einstweiligen Rechtsschutzes	155
a.	Rechtsslage nach LugÜ	155
b.	Rechtsslage nach IPRG	156
9.3.	Neuere Entwicklungen	157
a.	Vorbemerkungen	157
b.	Zum Erfordernis der «realen Verknüpfung» für den Erlass von Massnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes an nationalen Gerichtsständen	157
c.	Leistungsmassnahmen	158
d.	Freezing Injunction und die Gewährung des rechtlichen Gehörs	159
e.	Antisuit Injunction	160

4. Kapitel

Internationales Schuldbetreibungs- und Konkursrecht

§ 15 Fragenkatalog	168
§ 16 System der Regelung der nationalen und internationalen Zuständigkeit in SchK-Sachen	169
1. GestG	169
2. LugÜ	170
3. IPRG	171
§ 17 Zuständigkeit für die einzelnen Klagen, die in Zusammenhang mit einem SchK-Verfahren stehen	172
1. Zahlungsbefehl	172
2. Anerkennungsklage	173
3. Verfahren betr. definitive Rechtsöffnung	173
4. Verfahren betr. provisorische Rechtsöffnung	174
5. Aberkennungsklage	175
6. Aufhebung und Einstellung der Betreibung nach Art. 85 SchKG	176
7. Negative Feststellungsklage nach Art. 85a SchKG	176
8. Rückforderungsklage nach Art. 86 SchKG	177
9. Widerspruchsklage	178
10. Aussonderungs- und Admassierungsklage (Art. 242 SchKG)	179
11. Kollokationsklage	180
12. Anfechtungsklage	181
13. Vollstreckungsverfahren und (separates) Exequaturverfahren	182
14. Abschliessende Bemerkungen	183
14.1. Zweistufige Erkenntnisverfahren im SchKG und Folgerungen für die internationale Zuständigkeit	183
14.2. Übersicht über die Unterschiede bei der Auslegung von LugÜ und IPRG	184
§ 18 Arrest	185
1. LugÜ	185
1.1. Zuständigkeit zur Arrestlegung	185
1.2. Arrestprosequierung	186
1.3. Zum Problem des Arrestgrundes des Auslandswohnsitzes im Anwendungsbereich des LugÜ	186
1.4. Sog. Lugano-Arrest	187
a. Vorgaben des LugÜ	187
b. Arrest versus andere Sicherungsmassnahmen	188
c. Besonderheiten des Lugano-Arrestes	189
d. Rechtslage im revidierten Recht	190
2. IPRG	191

§ 19 Internationales Insolvenzrecht (Konkursrecht und Nachlassverfahrensrecht)	192
1. Allgemeines	192
1.1. Begriffe des internationalen Insolvenzrechts	192
1.2. Rechtsgrundlagen	192
2. Konzept des internationalen Konkursrechts der Schweiz	193
2.1. Hauptverfahren	193
2.2. Parallelverfahren	194
2.3. Sekundärverfahren	194
3. Zuständigkeit für die Eröffnung des Hauptverfahrens	195
4. Auslandswirkung des Hauptverfahrens	196
4.1. Einbezug von ausländischem Vermögen	196
4.2. Einbezug von ausländischen Gläubigern	196
4.3. Wirkungen von Verfügungsbeschränkungen betreffend im Ausland gelegene Vermögenswerte	197
4.4. Zulässigkeit von Einzelzwangsvollstreckungen im Ausland	197
5. Voraussetzungen für die Anerkennung eines Hauptverfahrens in der Schweiz	197
6. Formen der Hilfeleistungen zugunsten des ausländischen Hauptverfahrens nach IPRG	199
6.1. Grundsatz	199
6.2. Zusammenarbeit der schweizerischen Behörden mit dem ausländischen Konkursverwalter	200
6.3. Besondere Probleme des Hilfsverfahrens bei Anerkennung eines ausländischen Sanierungsverfahrens (Nachlassverfahren)	201
6.4. Rechtslage vor bzw. ohne Anerkennung des ausländischen Konkurserkennnisses	201
7. Stellung des ausländischen Insolvenzverwalters in der Schweiz ohne bzw. vor Eröffnung eines Sekundärverfahrens	202
7.1. Problemstellung	202
7.2. Meinungsstand in Lehre und Praxis	203
7.3. Eigene Ansicht	204
a. Grundsatz	204
b. Zulässigkeit von Handlungen ausserhalb der Zwangsvollstreckung	205
c. Rechtliche Konstruktion der Verfügungsbefugnis der ausländischen Konkursverwaltung	205
8. Anerkennung von besonderen Wirkungen des Hauptverfahrens	206
8.1. Ausländische Sicherungsmassnahmen vor definitiver Eröffnung des Hauptverfahrens	206
8.2. Anerkennung der Eröffnung eines ausländischen Sanierungsverfahrens (Nachlassverfahren) vor Genehmigung des Vergleichs	206
8.3. Anerkennung von Restschuldbefreiungen	207
	XIX

Inhaltsverzeichnis

9.	Kollisionsrechtliche Fragen	207
10.	Internationale Zuständigkeit für Streitigkeiten, die mit einem Konkursverfahren in Zusammenhang stehen	207
11.	Rechtshilfe	208
§ 20	Internationales Recht der Einzelzwangsvollstreckung	209
1.	Zuständigkeit zur Durchführung einer Einzelzwangsvollstreckung	209
2.	Fehlende Auslandswirkungen	209
3.	Rechtshilfe	210
§ 21	Abgrenzung von in- und ausländischen Tatbeständen in der Zwangsvollstreckung	211
1.	Schweizerisches Recht	211
2.	EulnsVO	212
Anhang:	Entwurf für eine Revision des Lugano-Übereinkommens vom 30. April 1999	213
Sachregister		247